

# Antrag

**Initiator\*innen:** Landesvorstand SPD Sachsen / AK Klimaschutz und Energiewende

**Titel:** Klimaschutz für Alle

## Votum der Antragskommission

Debatte

## Antragstext

1 Allen, die sich mit offenen Augen durch Sachsen bewegen, werden die Folgen des  
2 Klimawandels in den letzten Jahren immer deutlicher vor Augen geführt:  
3 **Waldbrände, Hitzewellen, Hochwasser, aber auch periodischer Wassermangel sowie**  
4 **Baumsterben und Artensterben sind seine bereits heute sicht- und erlebbaren**  
5 **Folgen.** Wir sehen mittlerweile auch vor Ort: die Belastungsgrenzen der Erde sind  
6 bald erreicht.

7 Dennoch hat es stärkerer Klimaschutz in Sachsen oft schwer. Die absolute  
8 Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist nicht grundsätzlich gegen mehr  
9 Klimaschutz. **Viele Ältere erinnern sich auch noch an die massiven**  
10 **Umweltprobleme der DDR** – das Engagement für Umweltschutz war immerhin auch  
11 ein Teil der friedlichen Revolution von 1989. Und die meisten können sich dann  
12 auch entsinnen, wie nach der Deutschen Einheit das Gras wieder grün und die  
13 Flüsse sauberer wurden. Die Lösung lokaler Umweltprobleme gelang damals  
14 vielfach beeindruckend schnell.

15 Aber in den Augen vieler älterer Sachsen wurde der Fortschritt beim heimischen  
16 Umweltschutz mit „blühenden Landschaften“ ohne Industrie und ohne  
17 Arbeitsplätze erkaufte. **Und die Angst vor einem erneuten Niedergang zum Schutz**  
18 **des globalen Klimas sitzt heutzutage verständlicherweise bei vielen tief.**

19 Gerade auch in Regionen, die schwer durch die Nachwendezeit gelitten haben. Oder  
20 in Industrien, die den letzten 30 Jahren mühsam in Sachsen wiederaufgebaut  
21 wurden. Beispielhaft steht hier die sächsische Automobilindustrie mit über  
22 100.000 Arbeitsplätzen.

23 **Eine Politik, die neue Impulse für den Klimaschutz setzt, muss diesmal anders**  
24 **vorgehen.** Die SPD hat hier vier zentrale Rollen:

25 **1. Der Klimaschutz muss umfassend und dauerhaft sein:**

26 Die SPD hat eine große Tradition als Umweltschutz- und Klimapartei. Im  
27 Gründungsauftrag der SPD 1989 wurde als Ziel „eine ökologisch orientierte  
28 soziale Demokratie“ gefordert, um „den Schutz der natürlichen Umwelt und  
29 die Sicherung von Ressourcen und Lebensmöglichkeiten für kommende Generationen  
30 zu gewährleisten.“ Die SPD-Politiker Erhard Eppler und Hermann Scheer waren  
31 Wegbereiter der Umweltbewegung und der Energiewende.

32 Atomausstieg, Erneuerbare-Energie-Gesetz, Pariser Klimaabkommen und  
33 Kohleausstieg: Die jüngere Geschichte der Klima- und Umweltpolitik in  
34 Deutschland zeigt, **dass dauerhaft wirksame, umwälzende Reformen stets unter der**  
35 **Ägide von SPD-Kanzlern oder Umweltministerinnen vorangebracht wurden.**  
36 Deutschland ist als erstes hochindustrialisiertes Land auf dem Weg in das  
37 Zeitalter der vollständigen Versorgung aus erneuerbaren Energiequellen. Alle  
38 Weichen dafür hat die SPD in Regierungsverantwortung gestellt.

39 **Dennoch wurde das Thema Klimaschutz zwischenzeitlich von anderen Themen**  
40 **überdeckt und in den Großen Koalitionen ausgebremst.** Es ist Zeit, dies zu  
41 korrigieren und den Beitrag der SPD für eine Politik im Einklang mit den  
42 klimapolitischen Realitäten wieder stärker voranzubringen.

43 Mit dem Klimapaket, das im vergangenen Jahr beschlossen wurde, haben wir bereits  
44 ein **großes Investitionspaket zur Förderung klimafreundlicher Technologien**  
45 geschnürt. Kohlekraftwerke oder Ölheizungen gehören nicht dazu. In diesem  
46 Jahr gehen die ersten schmutzigen Kraftwerke vom Netz – so wie es die  
47 Kohlekommission empfohlen hat. In Zukunft streben wir an, ökologisch sinnvolle  
48 Großreformen nachhaltig, rechtssicher und im Wege des gesellschaftlichen  
49 Dialogs umzusetzen. Dazu gehört für uns auch der Abbau klimaschädlicher  
50 Subventionen.

51 **2. Es ist die SPD, die den Menschen Sicherheit im ökologischen Strukturwandel**  
52 **geben kann.**

53 Wir stehen vor großen Veränderungen in unserem Land. **Doch wenn wir die**  
54 **Menschen solchen Veränderungen aussetzen, müssen wir dafür sorgen, dass sie**  
55 **keine Angst haben, die Verlierer in diesem ökologischen Strukturwandel zu sein.**

56 Mit bis zu 40 Milliarden Euro unterstützt der Bund die Lausitz, das  
57 Mitteldeutsche und das Rheinische Revier auf ihrem Weg in die neue Zeit. Es gibt  
58 ein Anpassungsgeld für die Beschäftigten. Darüber hinaus unterstützen wir die  
59 Automobilindustrie und ihre Zulieferer bei der Umstellung auf klimafreundliche  
60 Antriebe und fördern Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.

61 **Wir brauchen eine Politik, die Arbeit für die Zukunft schafft. Uns ist klar:**  
62 **wenn der Klimaschutz auf Kosten von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen**  
63 **geschieht, ohne den Leuten eine Perspektive anzubieten, dann werden viele**  
64 **Menschen Parteien wählen, die nur Arbeitsplätze erhalten wollen, aber den**  
65 **Klimaschutz vernachlässigen.** Daher müssen wir auch über das „Recht auf  
66 Arbeit“ in Deutschland diskutieren. Wir müssen dafür sorgen, dass die  
67 ökologische Modernisierung den Standort Deutschland stärkt, neue und gut  
68 bezahlte Arbeit schafft und auch in der Zukunft für ein gutes Leben sorgt.

69 Schließlich wird von vielen unterschätzt, wie wichtig die grundsätzliche  
70 Reform des Sozialstaates ist. **Wir brauchen einen „neuen Sozialstaat“, der**  
71 **die Menschen in Zeiten von Digitalisierung und Klimaschutz vor einem sozialen**  
72 **Absturz schützt, Lebensleistungen anerkennt.** Dafür braucht es ein neues Band  
73 der Solidarität, welches das ganze Leben in diesen radikalen Wandlungsprozessen  
74 umspannt.

75 Die CDU versucht hingegen das politisch berechnende Bild zu zeichnen, für die  
76 Leute würde sich kaum etwas verändern. Das ist fatal: Notwendige Reformen des  
77 Sozialstaates wie aktuell beim SGB II werden genauso verhindert wie eine  
78 ehrliche Debatte über Klimaschutz.

### 79 **3. Die SPD steht für massive Investitionen in Innovationen der Zukunft**

80 Wir als SPD hatten und haben die Rolle, den Klimaschutz mit modernen  
81 Technologien auch dann voranzutreiben, wenn sich deren Einsatz am Anfang noch  
82 nicht rechnet. Wir brauchen ein neues Zusammenspiel von wirtschaftlichem und  
83 staatlichem Handeln. **Die Zeit des verwaltenden Staates auf Sicht ist vorbei,**  
84 **ebenso ein auf schnellen Gewinnen basiertes Wirtschaftsmodell, das die Kosten**  
85 **permanent auf Menschen und Umwelt abwälzt.** Wenn wir die ökologische und  
86 digitale Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft zum Gewinn aller  
87 gerecht gestalten wollen, brauchen wir einen **zukunftsorientierten Staat.** Als  
88 öffentlichen Auftraggeber, der Innovationen marktfähig macht. Als

89 strategischen Investor, der Potenziale entfesselt.

90 Als SPD auf Bundesebene haben wir die Konjunkturprogramme gegen die Corona-Krise  
91 auf die Ziele des europäischen „Green Deals“ und der Nachhaltigkeit  
92 ausgerichtet. Damit bereiten wir den Weg für den Ausstieg aus dem fossilen  
93 Zeitalter und den Einstieg in eine klimafreundliche Zukunft: mit  
94 milliardenschweren Investitionen in Busse und Bahnen, in Elektromobilität, in  
95 klimaneutrale Gebäude und Städte, mit der Förderung von Solar- und  
96 Windanlagen, modernen Heizungen und grünem Wasserstoff. **Wir haben mit dem**  
97 **Klimaschutzprogramm 2030 das größte Investitionsprogramm für die ökologische**  
98 **Modernisierung unseres Landes geschnürt, das es je gab. Über 54 Milliarden**  
99 **Euro haben wir zur Verfügung gestellt.**

100 **Wir brauchen auch in Sachsen eine Investitions- und Innovations-Offensive, um**  
101 **den Klimaschutz im Freistaat voranzubringen und neue Arbeitsplätze zu**  
102 **schaffen. Wir haben Vertrauen in unsere sächsischen Ingenieur\*innen,**  
103 **Projektierer\*innen und Anlagenbauer\*innen, dass uns dieser Umbau gelingt.**

104 Und dies ist dringend nötig: Denn wir **stehen bei den Klimaschutztechnologien in**  
105 **einem harten internationalen und nationalen Wettbewerb.** Wir dürfen hier nicht  
106 den Anschluss verlieren. Investitionen in Klimaschutz bedeuten eben auch  
107 Investitionen in die Arbeit der Zukunft. Diese Investitionen sind Voraussetzung  
108 für den Erhalt und die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaftskraft,  
109 insbesondere für die exportorientierte sächsische Industrie.

110 Mangelnde Investitionen oder gar Kürzungen untergraben hingegen die  
111 Unterstützung der Bevölkerung für den Klimaschutz: **Denn die Leute lehnen es**  
112 **zu Recht ab, dass ihnen allein als Person die Verantwortung für den Klimaschutz**  
113 **zugeschoben wird.** Nicht jeder und jede kann sich ein teures Elektroauto leisten,  
114 sondern benötigt einen kostengünstigen und klimafreundlichen öffentlichen  
115 Nahverkehr. Wir müssen deshalb massiv in den Ausbau des ÖPNV, erneuerbare  
116 Energien und in eine Lade-Infrastruktur investieren. **Es sollte nicht darum**  
117 **gehen, Menschen vorzuschreiben, was sie zu tun oder zu lassen haben. Die**  
118 **klimaneutrale Alternative muss die einfachere sein.** Dabei spielen digitale  
119 Lösungen, wie etwa ein bundesweit einheitliches digitales Bezahl- und  
120 Ticketsystem, für den öffentlichen Nahverkehr eine zentrale Rolle. . Nicht  
121 anders geht es der Wirtschaft: Solange Unternehmen mit fossilen Energieträgern  
122 Milliardengewinne machen, fehlen ihnen die marktwirtschaftlichen Anreize, an  
123 ihrem Geschäftsmodell grundlegend etwas zu ändern.

124 **4. Wir müssen dafür sorgen, dass der Klimaschutz gerecht abläuft.**

125 Klimaschutz, der unsere Lebensgrundlagen wirksam schützt, wird den Menschen  
126 massive Veränderungen abverlangen. Die meisten Menschen sind bereit ihren  
127 Beitrag zu leisten, wenn sie sehen, dass es beim Klimaschutz gerecht zugeht und  
128 sie im **Gegenzug verbindliche Sicherheiten erhalten.**

129 **Die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen müssen nach dem Verursacherprinzip**  
130 **verteilt und getragen werden.** Wir sorgen dafür, dass sie auch **einkommensgerecht**  
131 **erfolgen.**

132 **Ökologisch notwendige Reformen werden Mobilität, Energie, Lebensmittel oder**  
133 **Wohnen teurer machen. Wer aber nur den allgemeinen Verbrauch verteuert,**  
134 **schließt Einkommensschwächere vom Konsum aus, während Wohlhabende die**  
135 **Verteuerung kaum spüren. Dies ist besonders ungerecht, weil Haushalte mit**  
136 **schmalem Geldbeutel einen kleineren ökologischen Fußabdruck haben als viele**  
137 **besserverdienende Haushalte.**

138 Die SPD steht für einen **gerechten Übergang in eine klimaneutrale Zukunft** in  
139 zweifacher Hinsicht. **Wir wollen erstens neue Perspektiven für die**  
140 **Beschäftigten der Branchen schaffen,** deren Jobs absehbar keine Zukunft mehr  
141 haben in einer klimaneutralen Wirtschaft. **Sie erwarten keine Almosen, sondern**  
142 **Chancen um ihre Know-How in die Transformation dieser Gesellschaft einzubringen.**  
143 **Die Strukturwandelregionen sollen Zukunftsregionen werden.**

144 Daneben achten wir zweites darauf, dass **höhere Kosten** für ökologische  
145 Produkte und Dienstleistungen **gerecht verteilt werden.** Der soziale Zusammenhalt  
146 unserer Gesellschaft darf nicht zum Kollateralschaden einer ökologischen  
147 Transformation werden! **Stärkere Schultern können höhere Beiträge zur**  
148 **ökologischen Transformation leisten als schwächere. Sie müsse es sogar, wenn**  
149 **die Mission erfolgreich sein soll.** Deshalb wollen wir ökologisch begründete  
150 Mehrbelastungen möglichst ausgleichen und darüber hinaus die  
151 **Arbeitsgesellschaft und den Sozialstaat zum Treiber der ökologischen**  
152 **Transformation** machen. Der gerechte Übergang kann nur in einer gerechten  
153 Gesellschaft stattfinden.

154 **Diese vier Aufgaben hat die SPD, um dem Klimaschutz einen weiteren**  
155 **entscheidenden Impuls zu geben.** Ja, kurzfristig sind wird damit nicht so  
156 radikal, wie manche Klimaschutz-Aktivist\*innen fordern. **Wir sind aber**  
157 **langfristig erfolgreicher, weil wir durch eine solche umfassende und nachhaltige**  
158 **Politik gesellschaftliche Akzeptanz fester verankern und weitreichende Maßnahmen**  
159 **im Klima- und Umweltschutz möglichst unumkehrbar machen.**

160 Die Grünen sind unsere Partner\*innen, um Mehrheiten zu organisieren und eine

161 sozial-ökologische Wende einzuleiten. Doch die grüne Kampagne hat ihre blinden  
162 Flecken. Grüne Klimapolitik muss man sich leisten können. Auf Bundesebene  
163 werden von den Grünen gerade hehre Ziele formuliert, in der Praxis schwarz-  
164 grüner Koalitionen werden diese Ideale kaum eingelöst. Sozialdemokratische  
165 Forderungen nach massiven Investitionen in Klimaschutz werden auf Länderebene  
166 aus fiskalischen Gründen abgelehnt. Im Zweifel zeigen zwar schwarz-grüne  
167 Regierungen eine stärkere Betonung des Ökologischen, die Unterstützung der  
168 Beschäftigten und kleinen Einkommen fällt dann aber unter den Tisch. Die CDU  
169 setzt dabei meist allein auf den Markt und zu wenig auf den Staat beim  
170 Klimaschutz. Und gerade die CDU-Ost lehnt Maßnahmen für mehr Klimaschutz aus  
171 Angst vor der AfD ab. Angst ist aber ein schlechter Ratgeber für die Zukunft.

## 172 **MEHR KLIMASCHUTZ IN SACHSEN**

173 Wir bekennen uns zum Ziel des Pariser Klimaabkommens, die Erderwärmung auf 1,5  
174 Grad zu begrenzen. Dies sind wir den nachfolgenden Generationen schuldig. Aus  
175 diesem Grund werden wir uns auch auf Landesebene dafür einsetzen, dieses Ziel  
176 gesetzlich zu verankern und in regelmäßigem Turnus die Maßnahmen zur  
177 Zielerreichung zu überprüfen.

178 Weil der Klimawandel die wichtigste Herausforderung für die Zukunft unseres  
179 Landes ist, sollte er als **Staatsziel in die Sächsische Verfassung** aufgenommen  
180 werden, um ihn ausdrücklich als verfassungsrechtliche Aufgabe von Staat,  
181 Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts zu verankern.

182 **Die Staatsregierung soll dabei mit gutem Beispiel vorangehen**, ihre  
183 Veranstaltungen nachhaltig planen und umsetzen sowie den Anteil von  
184 Elektrofahrzeugen im Landes-Fuhrpark und die Anzahl der Ladesäulen an Landes-  
185 Liegenschaften deutlich erhöhen.

186 In Sachsen ist es eine vordringliche **Aufgabe der Staatsregierung die nötigen**  
187 **Voraussetzungen zu schaffen, um von den im Konjunkturpaket bereitgestellten**  
188 **Mitteln des Bundes partizipieren zu können.**

189 Auch deshalb war der erste Vorschlag des CDU-Finanzministers zum Doppelhaushalt  
190 2021/22 ein Problem: dieser hätte etwa massive Kürzungen öffentlicher Mittel für  
191 Busse, Bahnen und Straßen für die nächsten beiden Jahre bedeutet.

192 Durch die Verhandlungen mit CDU und Grünen haben wir einiges erreicht: **wir**  
193 **können uns im ÖPNV und im Regionalverkehr auf die Stärkung des Netzausbaus im**  
194 **ländlichen Raum konzentrieren. Das Plus- und Taktbus-Netz bauen wir weiter aus.**  
195 **Das Azubi- und Freizeitticket runden wir mit einem Bildungsticket ab. Wir werden**

196 **die Anschaffung von neuen Bussen und Bahnen fördern und so die sächsische**  
197 **Schienen- und Fahrzeugindustrie stärken.**

198 Doch weitere Investitionen, das Verkehrsnetz klimafreundlicher auszubauen,  
199 drohen ausgebremst zu werden. Wir plädieren weiter für die Bildung eines  
200 Sondervermögens **FONDS "SACHSEN 2050"** neben dem regulären Haushalt. Als  
201 Startkapital werden Kreditmittel im Umfang von mindestens **2,5 Milliarden Euro**  
202 eingelegt, die langfristige Tilgung wird durch die Zuführung von  
203 Haushaltsüberschüssen gesichert. Mit diesem „Fonds Sachsen 2050“ wird  
204 sichergestellt, dass **wirtschaftliche Stabilität** und **soziale Sicherheit** erhalten  
205 werden sowie unser **Land nicht abgehängt** und in seine **Zukunft investiert** wird.  
206 Als Zukunftsinvestitionen gelten insbesondere investive Maßnahmen...

- 207 • zum **klimafreundlichen Umbau des Verkehrsnetzes** (v.a. Angebotserweiterung  
208 und Stärkung im Öffentlichen Personen- und im schienengebundenen  
209 Güterverkehr sowie im Radverkehr)
  
- 210 • zum **ökologischen Umbau von Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft**
  
- 211 • zum Ausbau alternativer Energieträger wie Wasserstoff und welche einen  
212 klimafreundlichen Umbau der Energieversorgung vorantreiben.
  
- 213 • zum Ausbau von **Kommunikationsnetzen im Zuge der Digitalisierung**  
214 (Breitband, 5G u.ä.). Digitalisierung ist zwar auch ein Treiber für den  
215 Verbrauch von Energie. Doch Digitalisierung kann auch genutzt werden, um  
216 Mobilität und Verkehrsflüsse oder auch Saatgut- und Düngemittleinsatz  
217 zu optimieren und auf diese Weise ökologisch nachhaltig zu gestalten.

## 218 **JETZT IN KLIMASCHUTZTECHNOLOGIEN INVESTIEREN UND NACHHALTIGE ARBEITSPLÄTZE** 219 **SCHAFFEN**

220 Wir haben gerade **massive Chancen für die sächsische Industrie**, einen  
221 nachweisbaren „Vorsprung Ost“ auf wichtigen Zukunftsfeldern zu erreichen, der  
222 Sachsen und auch andere Teile Ostdeutschlands von anderen Regionen positiv  
223 abhebt. Wir wollen das Know-how und die Technologien, die wir hier bereits in  
224 Sachsen haben, ausbauen, nutzen und damit Export-Chancen generieren – auch für  
225 den Erhalt und für die Schaffung von Arbeitsplätzen.

226 **Wenn wir also langfristig zukunftsfähige Arbeitsplätze haben wollen, dann müssen**  
227 **wir immer industrielle Entwicklung und Klimaschutz gemeinsam denken. Denn in**  
228 **dieser Kombination liegt letztlich die Zukunft. Zum einen haben wir in Sachsen**  
229 **in bestimmten Technologien wie der Elektrolyse eine international führende**

230 **Position und zum anderen werden sich die Industriebetriebe zukünftig ihre**  
231 **Fertigungsstandorte dort aufbauen, wo sie die Möglichkeit haben, emissionsarm zu**  
232 **produzieren.** Die Ansiedlung von Tesla in Brandenburg sowie des  
233 Batterieherstellers CATL in Thüringen sowie die Planungen für eine Anlage zur  
234 Direktreduktion von Eisenerz mittels Off-Shore Windenergie an der Nordseeküste  
235 sind prominente Beispiele für eine solche Entwicklung.

236 **Um diese Potentiale auch nachhaltig heben zu können, müssen wir bereits heute**  
237 **unsere Ausbauziele für die erneuerbare Energieerzeugung nach oben korrigieren.**  
238 Gemäß der Agora Energiestudie „Klimaneutrales Deutschland“ (Version 1.1,  
239 November 2020) müssen wir von einer **Stromverbrauchssteigerung von mindestens**  
240 **61% ausgehen.** Für Sachsen bedeutet dies, ein klimaneutrales Sachsen wird einen  
241 Stromverbrauch von mindestens 35,5 TWh pro Jahr haben. **Um diesen Stromverbrauch**  
242 **decken zu können, müssten bei einem gleichgewichteten Einsatz von PV- und**  
243 **Windenergie mindestens 20,1 Gwp an Leistung zugebaut werden.** Um auch zukünftig  
244 ein Energieland zu bleiben und Zukunftstechnologien wie grünen Wasserstoff zu  
245 fördern, setzen wir uns **für erleichterte und flexiblere Regelungen beim**  
246 **Repowering von Windenergieanlagen sowie einen zusätzlichen Leistungsausbau im**  
247 **Bereich Photovoltaik und Windenergie ein.** Um diese Entwicklung auch nachhaltig  
248 zu begleiten, muss zusätzlich eine jährliche Überprüfung durch die  
249 Staatsregierung erfolgen. Dies beinhaltet die Prüfung des gesamten  
250 Energiebedarfs sowie der Deckung des Energiebedarfs durch erneuerbaren  
251 Energieträger. Nur so haben wir die Möglichkeit, Arbeitsplätze und  
252 Zukunftstechnologien in Sachsen zu halten und unsere Potenziale weiter  
253 auszubauen.

254 **Die sächsische Automobilindustrie ist bundesweiter Vorreiter bei der Nutzung**  
255 **alternativer Antriebe. Sachsen ist Hauptland der Elektromobilität.** Diese  
256 Entscheidung der Autohersteller hat das SPD-geführte Wirtschaftsministerium  
257 begleitet und unterstützt. Mit Hilfe einer besser ausgebauten Ladeinfrastruktur  
258 und Kaufanreizen für öffentliche und private Käufer\*innen soll der  
259 Marktanteil alternativ angetriebener Fahrzeuge in den nächsten Jahren deutlich  
260 steigen. Wir unterstützen diese Politik von Bund und Land. Gleichzeitig  
261 unterstützen wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien, um das  
262 Klimaschutzpotenzial der Elektromobilität zu vergrößern. Denn nur mit grünem  
263 Strom wird die E-Mobilität auch zum Klimaschutztreiber.

264 **Wir werden weiter die Ansiedlung und die Schaffung neuer und nachhaltiger**  
265 **Arbeitsplätze in den Branchen Elektrolyse und Erneuerbare Energien begleiten**  
266 **und unterstützen.** Sachsen hat eine lange Tradition als Energieland, Teile der  
267 Solarindustrie kommen derzeit wieder nach Deutschland und auch Sachsen zurück.  
268 Und auch etliche Projektierer\*innen im Bereich Windenergie haben ihren Sitz in  
269 Sachsen. **Diese gilt es zu stärken und im Land zu halten, damit uns nicht erneut**

270 **eine Abwanderung des Know hows ins Ausland, wie im Photovoltaik-Bereich nach**  
271 **China oder anderswo droht.**

272 Eine wichtige aktuelle Aufgabe besteht darin, die bereits entwickelten Anlagen  
273 und Komponenten wie z.B. die Elektrolyse-Stacks in großen Stückzahlen zu  
274 fertigen. **Bei diesen Aufgaben werden die Kompetenzen der Mitarbeiter benötigt,**  
275 **die zum Teil heute in der Automobilzulieferindustrie beschäftigt sind und deren**  
276 **Arbeitsplätze auf Grund der Umstellung auf die Elektromobilität nicht erhalten**  
277 **werden können.** Der Strukturwandel in der sächsischen Industrie muss durch  
278 Umschulungen und Weiterbildungen aktiv mitgestaltet werden, um die Potentiale  
279 für die Menschen im Land optimal zu nutzen.

280 Gerade die Werksarbeiter in der Produktion erwarten zu Recht von uns, dass wir  
281 ihnen eine Perspektive in der zukünftigen Arbeitswelt aufzeigen. **Wenn wir heute**  
282 **nicht in die Zukunftstechnologien investieren, sind wir später gezwungen, diese**  
283 **zu importieren und müssen dann eine noch höhere Arbeitslosigkeit fürchten.** Wir  
284 **müssen deutlich stärker sichtbar machen, dass es vor allem die gut ausgebildeten**  
285 **Techniker und Facharbeiter in Sachsen sind, die gerade auch in den Firmen des**  
286 **Maschinen- und Anlagenbaus die Entwicklungsergebnisse der angewandten Forschung**  
287 **in marktreife Produkte umsetzen. Nur mit Wissenschaftlern allein wird die**  
288 **Umsetzung der Energiewende nicht gelingen.**

289 Die **hiesige Stahlindustrie** bleibt ebenfalls ein wichtiger Pfeiler des  
290 Industriestandortes Sachsen. Mit einer Elektrostahlproduktion und damit einer  
291 klimafreundlichen Stahlwirtschaft könnte Sachsen relativ schnell zu einem  
292 wichtigen Standort für grüne und nachhaltige Stahlproduktion werden. **Hierzu**  
293 **ist jedoch der Ausbau der erneuerbaren Energien zur Bereitstellung von grünem**  
294 **Strom voranzubringen.** Neben den großen Industriebetrieben müssen wir gerade in  
295 den Bereichen der innovativen Technologien und beim Einsatz der erneuerbaren  
296 Energien auch die kleinen Betriebe und Ausgründungen begleiten und  
297 unterstützen, denn die großen kapitalkräftigen Firmen haben ihre zentrale  
298 Entwicklung in der Regel nicht in Sachsen.

## 299 **UMSETZUNG DER NATIONALEN WASSERSTOFFSTRATEGIE IN SACHSEN - VORAUSSETZUNGEN JETZT** 300 **SCHAFFEN**

301 **Wir brauchen gerade im Bereich der Wasserstoffwirtschaft heute den Mut,**  
302 **konsequent in die neuen grünen Technologien zu investieren, damit spätere**  
303 **Generationen nicht einen deutlich höheren Preis bezahlen müssen, der sich aus**  
304 **unserer Untätigkeit und Unentschlossenheit ergibt.**

305 Der Einsatz von Wasserstoff kann einen wichtigen Beitrag bei der

306 Sektorenkopplung zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und beim Aufbau neuer  
307 Wertschöpfungsketten leisten. Dazu brauchen wir eine sächsische Wasserstoff-  
308 Strategie, die vor allem auf grünen Wasserstoff setzt. Das reformierte  
309 Erneuerbare-Energien-Gesetzes, das im Bundestag beschlossen wurde, bietet die  
310 Chance für einen Schritt nach vorne, obwohl nicht alle Ziele umgesetzt werden  
311 konnten und für die Erreichung des Pariser Klimaschutzabkommens der Ausbau der  
312 erneuerbaren Energien, insbesondere auch in Sachsen, noch unzureichend ist.

313 **Die Befreiung von grünem Wasserstoff von der EEG-Umlage ist bereits ein**  
314 **wichtiger erster Baustein, den wir begrüßen. Wir setzen uns weiterhin für**  
315 **eine klare rechtliche Definition von grünem Wasserstoff ein.**

316 Solange grüner Wasserstoff knapp ist, sollte er bevorzugt dort angewendet  
317 werden, wo der Effizienzgrad hoch ist und keine oder nur schlechte Alternativen  
318 zur Dekarbonisierung bestehen. Das sind zuerst die energieintensiven bzw.  
319 Grundstoffindustrien sowie der Nutz- und Schwerlastverkehr und der Bahnsektor.

320 Wir werden die bereits vorhandenen Stärken in Sachsen wie z.B. bei der  
321 Erzeugung und Nutzung von grünem Wasserstoff stärken und weiter ausbauen, um  
322 in diesem Bereich nachhaltige Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.  
323 **Dazu zählt auch die Investition in Leuchtturmprojekte mit nationaler**  
324 **Sichtbarkeit.**

325 **Dies kann im Bereich der Mobilität in den Bereichen ÖPNV, Schwerlast- und**  
326 **Flugverkehr geschehen, denn Sachsen verfügt über einmalige Kompetenzen im**  
327 **Bereich des Anlagenbaus sowie in der Forschung und Entwicklung.** Damit können  
328 auch große Modellprojekte (z.B. zur Herstellung synthetischer Kraftstoffe für  
329 den Flug- und Schwerlastverkehr) neben den Projekten zum Einsatz von Strom und  
330 Wasserstoff im ÖPNV realisiert werden. Da Sachsen vor allem im Bereich des  
331 Schwerlastverkehrs ein Transitland mit hohem Verkehrsaufkommen ist, besteht  
332 gerade hier ein dringender Handlungsbedarf und die Möglichkeit eine  
333 Wertschöpfung zu schaffen. **Der starke Fokus auf PKW bei der Entwicklung greift**  
334 **zu kurz und stellt keine Gesamtlösung dar.** Hier sollte die sächsische  
335 Zulieferindustrie eigene Schwerpunkte setzen und sich auf Zukunftsfelder  
336 konzentrieren, die noch nicht so stark besetzt sind. Zudem ist in diesem Bereich  
337 die Konkurrenz durch den rein elektrischen Antrieb wenig bis weniger gar nicht  
338 gegeben. Mit den Kompetenzen im Bereich der Brennstoffzellen- und der  
339 Fahrzeugentwicklung können auch bei der Entwicklung der LKW wichtige Beiträge  
340 geleistet und Arbeitsplätze geschaffen werden.

341 Grundsätzlich ist im Bereich der Mobilität in allen Fällen, wo es technisch  
342 und wirtschaftlich möglich ist, der direkt-elektrische Antrieb aufgrund des  
343 höheren Wirkungsgrades zu bevorzugen.

344 Damit die von den Bundesministerien für den Einstieg in die Wasserwirtschaft  
345 zur Verfügung gestellten Mittel von sieben Mrd. Euro zu einer nachhaltigen  
346 Entwicklung der Wirtschaft in Sachsen beitragen, gilt es bei allen Investitionen  
347 in Infrastrukturprojekte den Fertigstellungs- und den Nutzungszeitraum zu  
348 bedenken. **Mit einer hohen Priorität sollten jene Vorhaben vorangetrieben**  
349 **werden, die auch in einem zukünftigen CO<sub>2</sub>-freien Energiesystem nutzbar sind.**  
350 **Daher ist auch im Bereich der Gasversorgung der Einsatz von grünem Wasserstoff**  
351 **für dezentrale Anwendungen der Vorrang einzuräumen.**

352 Die **Verfügbarkeit von sauberem Wasser** ist eine wesentliche Grundvoraussetzung  
353 für die Elektrolyse, die nicht an jedem Standort gewährleistet ist. **Auch**  
354 **hierzu gibt es in Sachsen innovative Ansätze zur Bereitstellung der**  
355 **erforderlichen Wassermengen** (u.a. auch aus den Tagebauwässern in den  
356 Strukturwandelregionen).

357 **Nicht zuletzt ist es für die Akzeptanz einer Wasserstoffstrategie in Sachsen**  
358 **dringend nötig, die Situation im ÖPNV und im Regionalverkehr deutlich zu**  
359 **verbessern. Auch hier kann neben dem Einsatz von Elektrobussen der**  
360 **Wasserstoffantrieb von Bussen in Verbindung mit einer regionalen dezentralen**  
361 **Erzeugung des benötigten Wasserstoffs Impulse setzen.** Hier sollte der Freistaat  
362 unbedingt die vorhandenen Förderprogramme nutzen, damit alle Menschen auch im  
363 ländlichen Raum einen besseren Zugang zu einer emissionsarmen Mobilität  
364 erhalten. Auch hier sollten die sächsischen Firmen beim Bau und dem Betrieb der  
365 Busse eine wichtige Rolle spielen und die Firmen qualifiziert werden, was vor  
366 allem auch die Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte einschließt.

## 367 **AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN IN SACHSEN NICHT VERZÖGERN!**

368 **Unser Ziel ist klar: Eine vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien**  
369 **deutlich vor dem Jahr 2050. Wir wollen eine bezahlbare Versorgung mit**  
370 **erneuerbarer Energie für alle. Die Kosten dafür müssen fair verteilt werden.**  
371 **Verlässliche und stabile Rahmenbedingungen für private Verbraucher\*Innen und**  
372 **Unternehmen unterstützen die notwendigen Investitionen.**

373 Um die Ausbauziele zu erreichen, muss der Zubau von Wind- und Sonnenenergie  
374 deshalb erheblich beschleunigt werden, schon allein aufgrund des steigenden  
375 Strombedarfs in der energieintensiven Industrie, im Verkehr, beim Heizen und der  
376 übergreifenden Digitalisierung.

377 Der verstärkte Ausbau der erneuerbaren Energien muss einhergehen mit einer  
378 **langfristigen Absicherung einer zuverlässigen Stromversorgung.** Hierzu sind  
379 national und international grenzüberschreitende Konzepte unter Einbeziehung

380 einer **effizienten Speicherstrategie** erforderlich. Sachsen sollte sich dabei  
381 aktiv in den Roadmap-Prozess für eine klimaneutrale nationale und europäische  
382 Strategie zur Gestaltung der Strom- und Gasnetze einbringen.

383 Wir unterstützen daher die Überlegungen der SPD auf Bundesebene, **einen**  
384 **Zukunftspakt Erneuerbare Energien zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu**  
385 **schmieden, um das klimapolitisch Notwendige mit dem regional Möglichen**  
386 **abzugleichen.** Ein solcher Pakt legt Ausbaupflichten fest, begründet  
387 Unterstützungsinstrumente und schafft ein Monitoringsystem, das den Ausbau  
388 transparent macht.

389 **Zudem wollen wir den Weiterbetrieb von Solar- und Windkraftanlagen nach Auslauf**  
390 **der Förderung erreichen.** Der aktuelle Koalitionsvertrag sieht die Fortschreibung  
391 des sächsischen Energie- und Klimaprogramms mit einem zusätzlichen Ausbau von 10  
392 Terrawattstunden (TWh) Jahreserzeugung aus erneuerbaren Energien (EE) bis 2030  
393 vor. Bis 2024 soll das Zubau-Zwischenziel von 4 TWh erreicht werden. Der  
394 Hauptteil der Jahreserzeugung soll durch die Windenergie gewonnen werden. **Der**  
395 **Windausbau über Nutzwald darf kein Tabu mehr sein, wenn die Ziele im**  
396 **Windkraftzubau erreicht werden sollen.**

397 Derzeit wird der Ausbau der erneuerbaren Energien hauptsächlich über den  
398 Landesentwicklungsplan und die Regionalpläne gesteuert. **Das Instrument der**  
399 **Regionalplanung zur Steuerung des Ausbaus der erneuerbaren Energien, mit dem**  
400 **Ziel des Klimaschutzes, verfehlt jedoch leider sein Ziel,** da die Fortschreibung  
401 dieser Pläne teilweise über 10 Jahre in Anspruch nimmt. **Folglich würde jede**  
402 **Maßnahme erst deutlich zu spät Berücksichtigung finden.** Um einen stetigen  
403 Zubau von erneuerbarer Energie sowie eine zeitgemäße Anpassung an aktuelle  
404 Entwicklungen im Energiesektor zu gewährleisten, **müssen Energiethemen in den**  
405 **regionalen Planungsregionen mindestens in einem regelmäßigen 5 Jahres-Turnus,**  
406 **in Form von sog. Energieteilplänen (inkl. Windenergie, Solarenergie,**  
407 **Bioenergie, Wasserkraft und Geothermie) fortgeschrieben werden.** In diesem Turnus  
408 ist der zeitliche Aufwand für die Neuaufstellung der Regionalpläne bereits  
409 inkludiert, sodass aller 5 Jahre ein neuer gültiger Regionalplan vorliegen  
410 sollte.

411 Um zusätzlich den Ausbau weiter zu beschleunigen, setzen wir uns dafür ein, dass  
412 Vorranggebiete für die Nutzung der Windenergie (mit der Wirkung von  
413 Eignungsgebieten) auch keine Ausschlusswirkung mehr für die Windenergienutzung  
414 mit raumbedeutsamen Anlagen außerhalb dieser Vorranggebiete erzeugen.

415 **Der Anteil der für die Windenergienutzung ausgewiesenen Landes- und**  
416 **Gemeindeflächen sollte gegenüber dem Ist-Zustand (0,2 Prozent der**  
417 **Landesfläche Sachsens) deutlich erhöht werden.** Dafür setzen wir uns für eine

418 **rechtsverbindlich geregelte Flächenausweisung (ohne restriktive Kriterien wie**  
419 **Höhenbegrenzungen) auf Bundes- und Landesebene ein und prüfen auch eine**  
420 **Abweichung von der Konzentration von Windenergieanlagen in Vorranggebieten.**  
421 Zusätzlich setzen wir uns für eine Nutzung der Windenergie auf  
422 Kalamitätsflächen, Waldflächen mit geringem naturschutzfachlichen Wert  
423 (Monokultur-Nutzwälder) und in Wäldern mit überwiegend klimagestressten  
424 Baumbeständen (Kiefer, Fichte) ein. **Im Gegenzug hierfür soll die Windenergie**  
425 **einen Beitrag in der Wiederaufforstung unserer Wälder leisten. Dies soll**  
426 **sichergestellt werden, in dem die durch Windenergie in Anspruch genommenen**  
427 **Flächen in anderen Bereichen wieder aufgeforstet werden und mit den Einnahmen**  
428 **durch die Windenergie der Umbau unserer klimagestressten Wälder zu biodiversen**  
429 **Mischwäldern gegenfinanziert wird.** Zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren  
430 sollten die immissionsschutzrechtlichen Verfahren in der Landesdirektion  
431 angesiedelt werden. Hierfür muss selbstverständlich die personelle Ausstattung  
432 der Landesdirektion ausgebaut werden.

433 Neben der Windenergie wird auch die Rolle der Solarenergie immer weiter an  
434 Bedeutung gewinnen. **Wo der Ausbau von Photovoltaik im urbanen Raum immer mehr an**  
435 **Fahrt aufnimmt, wird er zurzeit im ländlichen Raum zunehmend ausgebremst.**

436 Wir wollen uns für eine Regelung auf Landesebene einsetzen, **welche die**  
437 **Koexistenz von nachhaltiger Energieerzeugung durch Photovoltaikanlagen und**  
438 **landwirtschaftliche Bewirtschaftung auf einer Fläche ermöglicht.** Im gleichen  
439 Zug soll die Umsetzung von **Freiflächenphotovoltaik auch auf landwirtschaftlich**  
440 **bewirtschafteten Flächen gefördert werden und planungsrechtliche Hemmnisse ab-**  
441 **statt aufgebaut** werden. Zusätzlich setzen wir uns für ein realistisches  
442 Flächenziel für Photovoltaik auf Freiflächen (Grün- und Ackerflächen) ein.

443 Von einer Ausweisung von Vorranggebieten für die Nutzung der Solarenergie ist  
444 abzusehen, da diese keine Steuerungswirkung entfaltet (getestet in der  
445 Planungsregion Oberes Elbtal/ Osterzgebirge) und die Gemeinden so in ihrer  
446 eigenen Planungsfreiheit eingeschränkt würden. **Eine mit der Gemeinde realisierte**  
447 **Freiflächenphotovoltaikanlage führt hierbei meist zu einer weitaus höheren**  
448 **Akzeptanz vor Ort, als durch eine Anlage, welche durch die Regionalplanung**  
449 **“aufgezwungen” wird.** Zusätzlich soll die Doppelnutzung von  
450 Freiflächenphotovoltaik für Landwirte geöffnet werden (Bsp.:  
451 Freilandhühnerhaltung und Photovoltaikanlagen; Greening-Fläche und  
452 Photovoltaikanlage). Um die Akzeptanz in der Landwirtschaft zu erhöhen, setzen  
453 wir uns des Weiteren dafür ein, dass die Flächen der PV-Anlagen nach dem Abbau  
454 der Anlagen wieder ihrer ursprünglichen Nutzung zugeführt werden können, ohne  
455 dass ein regelmäßiges Umbrechen des Boden stattfindet.

456 **Neben der konventionellen Freiflächenphotovoltaik bieten zukünftig große**

457 **Ausbaupotenziale auch Floating-PV** („Schwimmende Photovoltaik“ auf Seen etc.)  
458 **sowie Agro-PV-Anlagen, die durch Stelzensysteme** eine gleichzeitige Energie- und  
459 **Lebensmittelernte ermöglichen.** So ist Agro-PV beispielsweise aktuell die einzige  
460 **Solartechnologie, welche eine Doppelnutzung der landwirtschaftlichen Flächen mit**  
461 **konventionellen Mähdrusch-Kulturen (bspw. Weizen, Roggen) und Solarenergie**  
462 **ermöglicht.**

463 Derzeit sind jedoch weder Agro-Photovoltaik-Anlagen noch Floating-PV-Anlagen  
464 gegenüber anderen Freiflächen-PV-Anlagen wirtschaftlich konkurrenzfähig. Sachsen  
465 muss daher diese neuen Techniken fördern und sich auf Bundesebene für jeweils  
466 eigenständige Ausschreibungsrunden einsetzen. Des Weiteren ist eine  
467 Privilegierung von Agro-PV durch eine Änderung des § 35 BauGB bzw. der  
468 sächsischen Bauordnung zu erarbeiten.

469 Die Schaffung der **planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Nutzung von Flächen**  
470 **für EE-Vorhaben für Windkraft-Vorhaben auf regionalplanerischer und für PV-**  
471 **Vorhaben auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung** ist wesentliche Voraussetzung  
472 für eine sächsische Energiewende und somit eng mit der Chance auf regionale  
473 Wertschöpfung verbunden. Voraussetzung ist ein Mindestmaß an  
474 gesellschaftlicher Akzeptanz und regional- und kommunalpolitischem Willen in den  
475 Regionen, die Beteiligung und Teilhabe erfordern.

476 **Wo Anlagen für erneuerbare Energien entstehen, müssen die Leute vor Ort also**  
477 **profitieren! Finanziell verbindliche Beteiligungsoptionen wie es sie in**  
478 **Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg schon gibt, müssen auch in Sachsen**  
479 **umgesetzt werden. Über die faire Beteiligung der Umlandgemeinden hinaus muss es**  
480 **Möglichkeiten geben, dass Anwohner\*innen im Umfeld der Anlagen unabhängig vom**  
481 **Stromanbieter durch vergünstigte Anwohner-Stromtarife profitieren.** Das ist  
482 gerecht und schafft Akzeptanz. Generell ist eine hohe Akzeptanz nur dann zu  
483 erreichen, wenn nicht nur rein finanzielle Beteiligungsangebote geschaffen  
484 werden, sondern auch Mitentscheidungen der Bürger\*innen möglich sind.

485 **KLIMASCHUTZ UND ENERGIEWENDE IM GEBÄUDESEKTOR JETZT SOZIAL GERECHT VORANBRINGEN!**  
486

487 Neben der Energiewirtschaft und den Sektoren Mobilität und Industrie trägt  
488 auch der Gebäudesektor in großem Umfang zu den CO<sub>2</sub>-Emissionen in Sachsen bei.  
489 Betrachtet man den Energiebedarf für einen privaten Haushalt so stellt die  
490 Wärmebereitstellung den größten Anteil dar. **Während es für Hauseigentümer**  
491 **mit Vergleichsweise hohem Einkommen die Möglichkeit gibt, sich eine CO<sub>2</sub>-arme**  
492 **Energieversorgung wie z.B. über eine Wärmepumpe oder Photovoltaik zu leisten,**  
493 **ist dies für den Mieter in einem Mietshaus nicht möglich.** Daher sollten bei  
494 der Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Gebäudesektor und der Einbindung in das

495 Stromnetz drei große Bereiche bedacht werden, wozu im Folgenden

- 496 • Die öffentlichen Gebäude (wie Schulen und Rathäuser)
- 497 • Die großen Mietshäuser sowie
- 498 • Ein- und Mehrfamilienhäuser

499 gezählt werden.

500 Damit der Klimaschutz in allen Bereichen möglich wird, wollen wir **eine**  
501 **Abschaffung der EEG-Umlage bis Mitte der 2020er Jahre. Der Ausbau der**  
502 **Erneuerbaren soll dann über die Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Preis, eine Erhöhung der**  
503 **Stromsteuer und den Abbau von klimaschädlichen Subventionen gegenfinanziert**  
504 **werden.** Damit werden Eigenstrom und Mieterstrom deutlich günstiger.

505 Die Mehrzahl der Menschen wohnt in Mietwohnungen und möchte sich auch an einer  
506 klimafreundlichen und damit CO<sub>2</sub>-armen Energieversorgung beteiligen. **Hierzu sind**  
507 **die Installation von Photovoltaikanlagen auf den Dächern und die Option des**  
508 **Mieterstroms voran zu bringen**, was durch Förderungen bei den noch oder wieder  
509 im kommunalen Besitz befindlichen Wohnungen geschehen soll. **Zudem kann der**  
510 **selbst erzeugte Strom den Mietern auch zum Laden ihrer e-Autos oder anderer e-**  
511 **Fahrzeuge (Roller, Pedelecs, etc.) bereitgestellt werden.** Wir unterstützen eine  
512 gesetzliche Regelung auf Bundesebene, um Wohnungsunternehmen, die Strom an ihre  
513 Mieter veräußern, nicht zusätzlich mit Gewerbesteuern belastet werden.

514 **Bei allen öffentlichen Gebäuden in Sachsen wollen wir neben einer CO<sub>2</sub>-armen**  
515 **Wärmebereitstellung auf allen geeigneten Dachflächen die Installation von**  
516 **Photovoltaikanlagen umsetzen.** Damit sollen die Kommunen und das Land eine  
517 Vorbild- und Vorreiterfunktion im Bereich der erneuerbaren Energien einnehmen.  
518 Hierfür sollten Fördermittel des Bundes und landeseigene Mittel eingesetzt  
519 werden.

520 Dazu wollen wir, dass **bei allen Investitionsentscheidungen von**  
521 **Landesliegenschaften oder Landesanstalten sowie öffentlichen Gebäuden ein CO<sub>2</sub>-**  
522 **Schattenpreis (Berechnung nach social cost oder social value Methode) in der**  
523 **Kalkulation berücksichtigt wird.**

524 **Bei allen Neubauten (vor allem auch bei der öffentlichen Hand**  
525 **(Landesliegenschaften, Landesanstalten, Schulen, Verwaltung etc.)) sollte**  
526 **zukünftig eine Installation von Photovoltaikanlagen verpflichtend vorgesehen**

527 **werden.** Das Ziel dabei sollte immer eine 100 Prozent Energieversorgung des  
528 Eigenbedarfs sein. Für den aktuellen Gebäudebestand ist eine Nachrüstung (im  
529 gleichen Maße) zu prüfen und innerhalb der nächsten 15 Jahre zu realisieren.

530 Alle Maßnahmen sind durch entsprechende Landesregelungen voranzubringen.

531 **Insgesamt muss es sozialdemokratisches Ziel sein, CO<sub>2</sub>-armes und bezahlbares**  
532 **Wohnen für alle Menschen zu ermöglichen, sowohl bei Neubauwohnungen als auch im**  
533 **Altbestand.** Hausbesitzer und Wohnungsbaugesellschaften sind dazu verpflichtet,  
534 ihren Beitrag zu leisten, dies ist allein schon aus der im Grundgesetz  
535 verankerten Forderung „Eigentum verpflichtet“ direkt abzuleiten. Für eine  
536 schnelle Umsetzung sollte für den privaten Immobiliensektor eine  
537 Photovoltaikausbau- sowie Energiespeicherförderung aufgesetzt werden.

538 Um das **tatsächlichen Potenzial für Photovoltaikdachanlagen zu ermitteln, ist ein**  
539 **Dachkataster zu erarbeiten.** Mit Hilfe des Dachkatasters muss anschließend ein  
540 Modernisierungsprogramm für Photovoltaikanlagen erarbeitet werden. In der  
541 Zwischenzeit muss die sächsische Bauordnung dahingehend geändert werden, dass  
542 bei Neubauten (jeglicher Art) die Installation einer Photovoltaikanlage  
543 verpflichtend ist. Als Auslegungsgrundlage soll hierbei der jährliche  
544 Energieverbrauch des Neubaus bzw. im Fall von energieintensiven Einrichtungen  
545 die Dachfläche Anwendung finden.

## 546 **MEHR KLIMASCHUTZ MIT NEUEM SOZIALSTAAT UND EINER GERECHTEN GESELLSCHAFT**

547 **Sozialdemokratischer Klimaschutz verteilt die finanziellen Lasten höherer**  
548 **Umweltstandards und Energiepreise gerecht.** Für eine **verursachungsgerechte**  
549 **Verteilung der Kosten** ist es erforderlich einen CO<sub>2</sub>-Preis einzuführen, der sich  
550 an den Folgekosten orientiert, die durch den Klimawandel verursacht werden, und  
551 auch eine lenkende Wirkung erzielt. Im Gegenzug zur schrittweisen Erhöhung des  
552 CO<sub>2</sub>-Preises wollen wir in den 2020er Jahren die EEG-Umlage abschmelzen und die  
553 Förderung des EE-Ausbaus vollständig über den europäischen und nationalen  
554 Emissionshandel finanzieren.

555 **Je mehr die EEG-Umlage durch die Verteuerung fossiler Brennstoffe über einen**  
556 **CO<sub>2</sub>-Preis ersetzt wird, desto stärker sinkt der Strompreis,** während v.a.  
557 Heizen und fossiler Verkehr teurer werden. Die Belastung verschiebt sich  
558 stärker aus dem Unternehmenssektor zu den Privathaushalten. **U.a. werden**  
559 **stromintensive Unternehmen davon profitieren, während Mieter\*innen unsanielter**  
560 **Wohnungen oder Fernpendler\*innen mehr zahlen müssen.**

561 **Es wäre ökologisch unsinnig und ungerecht, wenn gerade sie jetzt die**

562 **Leidtragenden wären.** Deshalb setzen wir uns **erstens** dafür ein, **Entlastungen**  
563 **sektorspezifisch in den Bereichen Wohnen und Verkehr** zu schaffen. So  
564 unterstützen wir die Forderung der Bundes-SPD nach einer **sozial gerechten**  
565 **Aufteilung der CO<sub>2</sub>-Kosten zwischen Mieter\*innen und Vermieter\*innen, denn**  
566 **Mieter\*innen können und sollen die Erhöhung der Heizkosten nicht allein**  
567 **schultern!** Weil gerade einkommensschwächere Haushalte ihre Wärmeversorgung  
568 nicht kurzfristig anders organisieren können, muss **zweitens** auch **das Wohngeld**  
569 **erhöht werden.** Und schließlich fordern wir drittens **eine höhere**  
570 **Pendlerpauschale.** Da diese unabhängig vom Verkehrsträger ist, bliebe der  
571 Anreiz für ökologische Verkehrsalternativen bestehen, ohne dass Pendler\*innen  
572 und Menschen in den ländlichen Räumen pauschal durch eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung  
573 benachteiligt würden.

574 Die gerechteste Lösung um die steigenden Kosten durch die ökologischen  
575 Transformation abzufedern wäre **viertens** eine **Klimaprämie.** Dabei zahlt der  
576 **Staat die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung pro Kopf zurück, für jede und jeden**  
577 **in gleicher Höhe. Erwachsene werden ebenso berücksichtigt wie Kinder.** Diese  
578 Maßnahme hat einen positiven Effekt auf die Einkommensverteilung, **weil Menschen**  
579 **mit niedrigem Einkommen die gleiche Prämie erhalten wie solche mit hohem**  
580 **Einkommen. Die Prämie macht es gleichzeitig attraktiver, klimafreundliche**  
581 **Entscheidungen zu treffen.** Sie ist außerdem verhältnismäßig leicht zu  
582 administrieren und macht deutlich sichtbar, dass der Preis für CO<sub>2</sub> an die  
583 Umwelt geht, und nicht in die Staatskasse. **Wir setzen uns auf Bundesebene dafür**  
584 **ein, dass eine Klimaprämie bei steigendem CO<sub>2</sub>-Preis eingeführt wird.**

585 Um den Klimaschutz wirklich voranzubringen, brauchen wir **fünftens** eine  
586 **Neukonzeption des Sozialstaates.** Mit unserer Idee des "Neuen Sozialstaats"  
587 formulieren wir den Anspruch, **anders als Hartz IV im stattfindenden**  
588 **Strukturwandel Abstiegsängsten entgegenzuwirken und neue Aufstiege zu**  
589 **ermöglichen.** Denn viele Menschen treibt die Sorge vor sozialem Abstieg bei  
590 Verlust des Arbeitsplatzes um, wenn wir Klimaschutzmaßnahmen vorantreiben. Sie  
591 befürchten dann ganz konkret, bereits nach einem Jahr gleichgestellt zu werden  
592 mit Menschen, die lange nicht oder gar nicht gearbeitet haben. **Dass Arbeit und**  
593 **längere Beitragszeiten hier oft keinen Unterschied machen, wird als zutiefst**  
594 **ungerecht empfunden, und das ist es auch.**

595 Wir brauchen mehr Sicherheit und die Zuversicht, dass es gut wird. Nicht nur  
596 eine Politik der Angst. Politik und Wirtschaft müssen den Menschen Sicherheit  
597 geben, dass sie vor den Veränderungen keine Angst haben müssen – weder im  
598 Alltag noch im Job. **Wir können dabei kein Versprechen geben, dass die Person**  
599 **die nächsten 40 Jahre Komponenten eines Dieselmotors zusammenbaut, aber unser**  
600 **Versprechen ist schon, dass wir alles versuchen, dass er oder sie eine**  
601 **gleichwertige gute Beschäftigung bekommt.** Deshalb wollen wir Arbeit für alle

ermöglichen und ein **Recht auf Arbeit** statt eines bedingungslosen Grundeinkommens schaffen. **Wer arbeiten will und kann, soll ein Angebot auf Arbeit, Ausbildung oder Qualifikation erhalten.** Zu keiner Zeit im Erwerbsleben sollen die Menschen allein gelassen werden. Denn uns wird die Arbeit nicht ausgehen, aber sie wird sich in vielen Bereichen fundamental verändern. Wir müssen die Menschen unterstützen, sich Schritt für Schritt auf die Veränderungen einzulassen und sie zu bewältigen.

**Wer dennoch seine Arbeit verliert und nach drei Monaten noch keinen neuen Job gefunden hat, erhält einen Anspruch auf eine gezielte Weiterbildungsmaßnahme und soll auf Vorschlag der SPD durch das Arbeitslosengeld für Qualifikation (ALG Q) unterstützt werden.** Eine Weiterbildung mit ALG Q kann bis zu 24 Monate lang in Anspruch genommen werden. Somit steigen die Chancen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden.

Die Idee eines neuen Sozialstaats beinhaltet zudem, dass alle, **die viele Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, einen längeren Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben.** Wir wollen Menschen diese Sorgen nehmen und sie dabei unterstützen, sich auf die Arbeitsplatzsuche konzentrieren zu können. Deswegen werden wir bei denjenigen, die aus dem Bezug von ALG I kommen, für zwei Jahre Vermögen und die Wohnungsgröße nicht überprüfen. Wir wollen auch den Schutz von selbst genutztem Wohneigentum ausweiten und eine entsprechende Regelung für Mieter schaffen. Niemand, der auf den Bezug des Bürgergelds angewiesen ist, soll in dieser Zeit seine Wohnung verlassen müssen.

**Insgesamt gilt es dabei, über die Folgen von Klimaschutzmaßnahmen hinaus zu schauen:** Wenn die Warm-Miete durch höhere Strompreise steigt, Straßenbahntickets und Lebensmittel teurer werden, dann darf nicht nur die gerechte Gestaltung der Klimaschutzmaßnahmen in den Blick genommen werden. Die Stellschrauben liegen daher auch **sechstens** in einer gesamt ökologisch-sozialen Wende: **Für die Beschäftigten müssen wir auf Bundesebene perspektivisch einen Mindestlohn von 12 Euro einführen und Tariflöhne stärken, damit sich auch Menschen mit kleinen Einkommen bessere Lebensmittel leisten können. Wir brauchen Maßnahmen, damit die Mieten nicht weiter ansteigen oder sogar wieder sinken sowie Veränderungen bei Wohngeld, um ggf. teurere Strompreise zu kompensieren.** Wohnen muss als ein öffentliches Gut begriffen werden, das nicht allein dem privaten Markt überlassen bleiben darf.

Schließlich müssen wir auch die Frage stellen, **wie sich die großen Vermögen am Klimaschutz beteiligen:** Es kann nicht sein, dass bei Krisen immer nur der Faktor Arbeit belastet wird, während die sehr hohen Vermögen wenig zum Klimaschutz beitragen, in sogar ausbremsen oder sich an den Kosten beteiligen, vielleicht sogar auf Kosten von Menschen mit kleinen Einkommen durch Klimaschutz

641 einseitig bereichern. **Es braucht daher gerade bei Klimaschutzmaßnahmen eine**  
642 **Rückkehr des Gemeinwohls und eine Stärkung des Gemeinwohls in der Fläche.**